

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Berleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinanzeigen oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt mit Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.
Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Stobinmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Hoffe, Naanheim & Bogler, G. L. Danne,
Zwackendamm. Berlin: Bernh. Ernst, Max Bernmann,
Eberhard W. Thiemer, Grafswald & Jüles, Halle a. S.
Jul. Bock & Co. Hamburg: Joh. Hooplaar, A. Steiner,
William Wittens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Gebr. Eisler. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

Deutscher Reichstag.

40. Plenar-Sitzung vom 14. Februar,
1 Uhr.

Die Beratung des Etats des auswärtigen
Amtes wird fortgesetzt. Beim Titel Gesandtschaften
und Konsulate spricht
Abg. Schmitt (W.) (Centr.) seine
Freude darüber aus, daß in der Kommission der
Staatssekretäre sein bereitwilliges Eintreten für
die Interessen der Gläubiger Griechenlands ver-
treten habe. Bedauerlich sei, daß die vorjäh-
rige identische Note Englands, Frankreichs und
Deutschlands nicht viel fruchtbar habe. Wie
man gesehen habe, liefere Griechenland Manches
aus, aber Geld liefere es nicht aus. Man sollte
eigentlich ein paar Schiffe nach Griechenland
schicken und dort zeigen, was Griechenland leisten
konne.

Staatssekretär von Marschall bestätigt
stets seine Erklärungen in der Kommission,
um denselben eine größere Wirkung nach außen
zu geben. Wir überlassen zunächst die Initiative
den Gläubigern, erkennen aber an, daß dieselben
einen wohl begründeten Anspruch auf kräftiges
Eingreifen des Reiches zu ihren Gunsten haben.
Wir jetz schwerer in Paris Verhandlungen über
Einzelheiten. Bis zu welchem Punkt dieselben
angenehmlich zu gestalten sind, weiß ich nicht. Ich
kann nur hoffen, die griechische Regierung werde
erkennen, daß es in ihrem eigenen Interesse
liegt, mit den Gläubigern zu einem billigen
Abkommen zu gelangen. Jedenfalls kann ich
den Gläubigern unsere kräftige Unterstützung zu-
sagen.

Auf Anfrage Spahn's erklärt ferner
Staatssekretär von Marschall die An-
gaben in einem Artikel der „Deutsch. Tagesztg.“
— wonach die russischen und deutschen Getreide-
Durchgangstarife fast herabgesetzt worden seien,
so daß russisches Getreide jetzt sogar nach
Köln per Bahn gelange — für vollkommen
haltlos.

Auf eine Anfrage des Abg. Weiss
bemerkt

Staatssekretär von Marschall noch, eine
Gewährung von Doppelexportprämien seitens Rus-
slands sei nicht erfolgt. Einzelne Interessenten
hätten zwar dahingehende Wünsche geäußert,
diese seien aber — so lang schon in einer russischen
Interessenten-Versammlung abgelehnt worden.

Auf Anregung des Abg. v. Saldzow's
erklärt

Gch. Rath Hellwig: Die Aufmerksamkeit
des Auswärtigen Amtes sei auf Verkehrserleichterungen
an der russischen Grenze gelenkt. Unser
Botschafter dort ist bereits beauftragt, mit der
russischen Regierung über solche Erleichterungen
zu verhandeln.

Bei dem Posten Botschafter in Wien be-
antwortet

Abg. Bebel, diesen Posten nicht zu be-
willigen. Redner weist darauf hin, wie oft der
Botschafter von Wien abwesend, zumal zur Zeit
der wichtigsten Vorgänge im Orient. Da habe
der Botschafter den Kaiser auf der Nordlandreise
begleitet.

Staatssekretär von Marschall legt
gegen diese Ausführungen entschiedene Verwal-
tung ein. Darüber, wann und wie lange ein
Botschafter auf seinem Posten zu sein hat, hat
ausschließlich der Kaiser zu bestimmen. Es ist
auch stets für eine andere Vertretung gesorgt.
Eine solche Kritik ist also vollkommen un-
berechtigt.

Abg. Richter (fr. Vp.): Vollkommen un-
berechtigt doch nicht. Ich weiß auch nicht, wes-
halb hier der Kaiser herangezogen wird. Auch
für die Botschafter trägt der Reichskanzler die
Verantwortlichkeit, und deshalb können wir hier
wohl an ihrer Tätigkeit Kritik üben. Wenn
ein Botschafter so oft von seinem Posten ab-
wesend ist, und wenn er so leicht vertreten wer-
den kann, so zeigt das doch, daß die Botschafter
im Wesentlichen nur eine repräsentative, orna-
mentale Bedeutung haben. Die Freigebigkeit des
Reichsetats bei Dotation dieser Posten wird das
nützlichste Mittel sein.

Staatssekretär von Marschall: Ich
wollte durch den Hinweis auf den Kaiser keines-
wegs den Reichskanzler entlasten. Derselbe über-
nimmt auch die volle Verantwortung. Es hand-
elt sich hier um Fragen des internen Dienstes,
bezüglich deren wir dem Reichstage keine An-
twort zu geben haben.

Abg. v. Saldzow (Sp.) betont, daß nicht
der Staatssekretär den Kaiser in die Debatte ge-
zogen habe, sondern Bebel, der von den Nord-
landreisen des Kaisers gesprochen habe. Wenn
auch formell die Herren berechtigt sind, jede
Einschüßelung zu kritisieren, so spricht doch aus
den Ausführungen Bebels nur Mitleidenschaft.
Kann derselbe denn wissen, ob nicht gerade die
Teilnahme an der Nordreise viel wichtiger
war. (Gelächter links.) Jedenfalls hat der
Staatssekretär durchaus Recht.

Abg. Bebel beharrt bei seinen Darlegun-
gen und mahnt für den Reichstag das Recht zu
beratigen Kritik, unter Hinweis auf England
und Frankreich.

Staatssekretär von Marschall: Darüber,
in welcher Weise Beamte des auswärtigen
Amtes dienstlich verwendet werden, steht ledig-
lich dem Kaiser und den Vorgesetzten die Ent-
scheidung zu. Ich lehne es deshalb formell ab,
auf diese Dinge einzugehen und Herrn Bebel
Mede zu stehen.

Die Position wird jetzt gegen die sozialde-
mokratischen Stimmen bewilligt.

Abg. Bebel (nl.): Die Verhältnisse für
die Arbeiter werden immer milder. Eine
Herabsetzung der Konsumsteuern wäre drin-
gend zu wünschen.

Direktor Reichardt: Es ist zunächst
eine Enquete über die ausländischen Verhältnisse ver-
anstaltet worden, sowie Entschärfungen einge-
holt worden. Das Material liegt jetzt vor, und eine
Revision ist eingeleitet.

Abg. Richter fragt, wie sich die Zoll-
tarif-Verhältnisse mit Spanien gestaltet hätten.

Staatssekretär von Marschall: Eine
Änderung ist nicht eingetreten.

Bei Titel „No“ wünscht Abg. v. Mar-
saldzow (nl.) für Bahia einen Berufs-
konsul.

Direktor Reichardt: Wir haben geglaubt,
mit Rücksicht auf die Finanzinteressen des Reichs

hierin Maß halten zu müssen. Eine besondere
Dringlichkeit für Anstellung eines Berufskonsuls
gerade in Bahia ist nicht hervorzuheben.

Weitere Debatten entstehen bei diesem
Etat nicht.

Es folgt der Militär-Etat. Bei dem Titel
„Kriegsmilitär“ wünscht

Abg. Bürtlin (nl.) anderweitige Regelung
der Rang-, Gehalts- und Pensionsverhältnisse
der Kapellmeister. Ihre jetzige Stellung ent-
spreche nicht ihrem Bildungsstande.

Minister v. Bronsart: Wir erkennen
an, daß eine Besserung der Stellung dieser
Kategorie wünschenswert ist. Ein Beschluß
daráber hat aber noch nicht erfolgen können.
Ein wesentliches Bedenken bildet einseitigen die
Finanzlage. Es wird aber später hoffentlich
die Regelung der Sache möglich sein.

Abg. Weiss (fr. Vp.) äußert seine Be-
friedigung über die Erklärung, welche der
Minister in der Kommission bezüglich des Ein-
jährig-Freiwilligen-Dienstes der Volksschullehrer
abgegeben. Habe er diese Erklärung recht ver-
standen, so sei die Haltung des Ministers in
dieser Frage völlig korrekt. Er frage aber doch,
ob es nicht möglich sei, auch den Vermögens-
losen die Wohlthaten des Einjährig-Dienstes
zuzumessen zu lassen.

Staatssekretär v. Böttcher: Den preußi-
schen Schullehrer-Seminarien ist von dem
Reichskanzler das betreffende Recht bereits ge-
währt worden. Es ist davon den anderen Re-
gierungen Mitteilung gemacht, damit auch sie
für ihre Seminare entsprechende Anträge an den
Reichskanzler stellen. Damit hat nun wohl die
süddeutsche Sache. Ob auf den Vermögens-
Nachweis verzichtet werden kann, das ist eine
Frage, auf die ich hier nicht eingehen will.

Abg. Baffermann (nl.) wünscht neue
Stafementen für Mannheim.

Abg. Bebel: Es ist doch etwas Seltenes,
daß aus der Mitte des Hauses die Militär-
Verwaltung förmlich zu neuen Stafementen
gedrängt wird. Dann ist es ja erst recht nicht
verwunderlich, wenn die Verwaltung uns mit
immer neuen Forderungen kommt. Redner
glaubt sodann eine Abnahme der Selbstmorde
im Heere feststellen zu können, und zwar im
Zusammenhange mit einer Abnahme der schweren
Mißhandlungen im Heere. Und diese Abnahme
sei wiederum die Folge davon, daß seine Partei
die Mißhandlungen hier Jahr für Jahr zur
Sprache gebracht und bei diesen Gelegenheiten
der Kriegsminister selber so entschieden die Miß-
handlungen verurteilt habe. Weiter geht Red-
ner noch auf einige Vorkommnisse näher ein,
wo sich Offiziere ungebührlich betragen hätten;
der schon im Vorjahre erwähnte Fall in Ham-
burg, ferner ein betrunkener Lieutenant in
Güstrow. Weiter erörtert er das Duellwesen,
behauptet, daß unrechtmäßiger Weise Soldaten
die Wohlthat der Amnestie vom 18. Januar vor-
enthalten sei, und rügt die milden Urtheile gegen
Duellanten. Freilich, wie könne man sich dar-
über wundern, wenn evangelische Geistliche das
Duell vertheidigen, wie Herr Schall, oder wenn
sich gar ein evang. Konsistorialrath und ein
Affessor duckeln, wie in Königsberg, und wenn
sich, wie im Falle Stöge, Leute am Charfreitag
duckeln, die sonst vor weiß wie kirchlich sein
wollen und mit Sammlungen für neue Kirchen
nicht aufhören. Wie sehr wir in einem Militär-
staat leben, beweist auch die Art der letzten
Ordnungspublikationen, die Voranstellung des mili-
tairischen Charakters. Das doch einmal ein
Finanzminister Scholz es als eine Gnade an-
sehen müssen, zum Sekonde-Lieutenant ernannt
zu werden. (Abg. v. Mantuffel: Mich hat das
sehr gefreut! Weiter.) Ja, was blieb Ihnen
denn Anderes übrig? Auffällig ist der Erlaß des
Kriegsministers, daß die Soldaten nicht etwa
gezwungen seien, sich über Mißhandlungen zu
beschweren. Die Abnahme der Selbstmorde und
auch der Militärvergehen hängt offenbar
auch mit dem Wegfall des dritten
Dienstjahres zusammen. Im Zusammenhang
mit den Mißhandlungen stehen auch die Defek-
tionen: in kurzer Zeit von einem rheinischen Re-
giment 29 Mann. Das spricht deutlich dafür,
daß die Behandlung nicht ist, wie sie sein sollte,
denn unsere Jugend geht an und für sich gern
zum Militär. Erst neulich sind wieder schwere
Fälle von Mißhandlungen beim Garde du Corps-
Regiment vorgekommen. Eine Kadette — durch
Nachgerzieren eines Mannes, der aus Ermattung
bereits einmal hingestürzt war — hatte den Tod
zur Folge. Redner reißt hieran noch verschiedene
andere Fälle, die zum Theil mit Selbstmord
enden. Die schärfste Verurtheilung verdient die
ganz eigenthümliche Prozedur der Vorgesetzten,
ganze Mannschaften zu bestrafen, weil ein oder
zwei Unfällige darunter sind. Man macht da-
durch die ganze Mannschaft während auf die
Betreffenden, was zu den schlimmsten Torturen
führt. Redner führt einen drastischen Fall aus
Königsberg an. Und wie kann die Militär-
behörde sich erlauben, verheiratete Leute — wie
sie ja ab und zu eingekerkert werden — zur Taufe
ihrer Kinder zu zwingen. (Aufe rechts: Das ist
ihnen ganz gut! Weiter.) Wenn Sie das
wollen, so ändern Sie die Staatsgesetz! Aber
die Militärverwaltung hat doch ein Recht nicht.
Wenn Ihnen rechts alle diese Mißstände gleich-
gültig sind, so zeigen Sie nur, daß Sie eine
entscheidende soziale Reform nicht wollen. (Unruhe
und Lachen rechts, sowie Schlußrufe.) Redner
erwähnt dann, wie in Frankfurt a. O. streifende
Gerberei-Arbeiter durch Soldaten Ersatz gefunden
hätten. Der Oberst habe dies motivirt mit
„Nothstand“ der Gerbereibesitzer. Gegen diese
Aufassung lege seine Partei entschiedenen Verwahr-
ung ein. (Aufe rechts: Das wird Ihnen nichts
helfen!) Ich achte an dem Obersten keine Heber-
zeugung, aber er muß befehrt werden. (Gelächter
rechts.) Die Armee, die durch die den Arbeitern
auferlegten Lasten miternährt wird, darf nicht
sich zu einmischen in das Verhältnis zwischen
Arbeiter und Unternehmer. Hier in Berlin
sind auch solche Fälle vorgekommen. Das darf
aber nicht vorkommen, zumal Sie selbst verlan-
gen, daß die Armee fern bleibe den sozialen
Kämpfen des Lebens.

Minister v. Bronsart: Mir scheint es
doch, daß Vorredner durch so häufige Wieder-
holungen seiner Angaben über Mißhandlungen zc.
seine vollen Säuler mehr schafft. Ich kann auf
eine neue Säule nicht eingehen, da ich sie nicht
in den Akten habe. Aber die vorjährigen Fälle,
die er heute wieder vorgebracht hat, liegen nicht

so, seine Mittheilungen sind objektiv unklar resp.
um großen Theil übertrieben. Der Minister
ergt dies dar an einem Falle angeblichen Selbst-
mords durch Getränke. Der Mann lebe noch
jetzt und sei nach erfolgter Defektion jetzt wieder
bei der Garnison. Ebenso thatsächlich unrichtig
dargestellt seien verschiedene andere Fälle.

In dem bekannten vorjährigen Hamburger Fall
mit dem Offizier habe er selbst im Vorjahre nur
für mildere Umstände plaidirt. Die Forde-
rung Bebels, die Offiziere sollten sich so betragen,
wie sich's gehört, weise er (Redner) mit Ent-
scheidung zurück, denn das sei für die Offiziere
ganz selbstverständlich. Auf die Duellfrage gehe
er nicht ein, bemerke vielmehr nur: Laßalle sei
ja auch im Duell gefallen. Daß Soldaten die
Wohlthaten der Amnestie absichtlich vorenthalten
sei, betreite er durchaus. Die Ordensverleihun-
gen am 18. Januar seien erfolgt an die Betref-
fenden in ihrer Eigenschaft als Offiziere, daher
die Art der Publikation. Die Verfasser der
Brochüre gegen die Armee, frühere Offiziere,
finden, die ihren Beruf verfehlt hätten. Von
einem Taufzwang gegenüber verheirateten Sol-
daten weiß ich nichts, aber wenn die Armee auf
die Taufe hinwirkt, kann man sich nur freuen.

(Beifall rechts.) In Frankfurt a. O. sind einem
Gerber allerdings zwei Soldaten zumwandert
worden. Herr Bebel sagt, daß sei kein Noth-
stand und das sei unangelegentlich. Der Meinung
bin ich nicht. Dem Gerber war eine Partei
Felle dem sicheren Verderben ausgesetzt, wenn er
keine Arbeiter fand. Nur dazu, diese Felle zu
retten, wurden zwei Leute, die sich freiwillig
dazu verstanden, beurlaubt. Der Wunsch des
Gerbers, ihm die Soldaten noch länger zu
lassen, wurde nicht erfüllt. (Beifall rechts.)

Abg. Schall polemisiert sodann lebhaft
gegen die Darstellung Bebels von den Zuständen
in der Armee.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen
Beratung.

Schluß 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 14. Februar.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

19. Plenar-Sitzung vom 14. Februar,
11 Uhr.

Am Ministerische Dr. Miquel und Kom-
missarien.

Die zweite Etatberatung wird fortgesetzt
mit dem Spezialetat des Kriegsministeriums, der
beibehalten bewilligt wird.

Beim Etat der auswärtigen Angelegenheiten
bemerkte der

Abg. v. Gnepp (nl.): Preußen unter-
hält einen Botschafter beim päpstlichen Stuhl seit
dem Jahre 1882. Zweck dieser Gesandtschaft
war, die Förderung des kirchlichen Friedens an-
zubahnen; sollte dieser Zweck nicht erreicht wer-
den, so würde vielleicht die Aufhebung der
Gesandtschaft, der Kostenersparnis wegen, zu
veranlassen sein. Von 8 Botschaftern sind 4 katho-
lisch, was vielleicht der Parität wegen zu be-
merken ist. (Weiter.)

Der Etat wird ohne weitere Debatte
bewilligt.

Es folgt der Etat der „direkten Steuern“.

Abg. Dr. Krause (nl.) führt Klage über
die unangenehme Besteuerung der Mitteleinkommen,
namentlich über die Doppelbesteuerung. Leider
lassen die Veranlagungsbehörden fortgesetzt die-
jenigen Grundstücke außer Acht, die vom Ober-
verwaltungsgericht ausdrücklich anerkannt und
bestätigt sind. Das muß in weiteren Kreisen der
Bevölkerung gerechten Unwillen erregen. Außer-
dem ist die Nichtbeachtung auch auf die künftige
Höhe der einlaufenden Steuern von Einfluß,
denn diese wird sich dann erheblich vermindern
müssen, wenn diese Grundstücke befreit werden.
Redner erörtert mehrere Einzelfälle, in denen
nach seiner Ansicht flagranter Uebergriffe der
Steuerbeamten vorliegen. Der Finanzminister
würde sein Werk der Steuerreform am besten
schließen, wenn er gegen solche Uebergriffe nach-
drücklich einschreitet.

Minister Dr. Miquel: Auf die vorge-
tragenen, mir unbekanntem Einzelfälle kann ich
nicht eingehen. Die Entschädigungen des Ober-
verwaltungsgerichts erfolgen doch auch nur in
rebus sic stantibus. Wo den Beamten eine
Schuld trifft, schreibt ich auf erhobene Beschwerde
ein. (Es wäre richtiger gewesen, diese Beschwerde
anzubringen, ehe die Sachen hier zur Sprache
gebracht würden.)

Abg. Graf Kanitz (kon.): Die Erg-
änzungssteuer wird auf dem Lande viel strenger
und höher veranlagt als in den Städten; auch
bei der Einkommensberechnung wären für das
platte Land verbesserte Grundsätze nötig. Er-
wünscht wäre ferner eine Ueberstufung, wie der
Werth des Grund und Bodens in den Städten
und auf dem Lande nach Abzug der Schulden
sich berechnen läßt. Ein Vorzug unseres Steuer-
systems ist es, daß wir die Einkommensverhält-
nisse aller Landestheile mit einander vergleichen
können. Es zeigt sich da, daß die landwirth-
schaftlichen Gegenden bedeutend ärmer sind, als
die industriellen; so sind die Bewohner der öst-
lichen Landestheile nur etwa 1/3 so wohlhabend,
als die Bevölkerung im Westen. Wir haben es
hier mit der offenbar bedrückten Lage der länd-
lichen Bevölkerung zu thun. Auch ist aus der
Summe der abzugstfähigen Schuldenzinsen zu
entnehmen, daß der städtische Grundbesitz sich
beständig erhöht, während der Werth des länd-
lichen Besitzes ebenso ständig zurückgeht. Es
zeigt sich die sozialpolitisch bedenkliche Erchei-
nung, daß das Vermögen sich immer mehr in
wenigen Händen konzentriert. (Sehr richtig!
rechts.) Mit der Verarmung der ländlichen Be-
völkerung hängt es auch zusammen, daß nach
den Ergebnissen der letzten Volkszählung Oh-
preußen 1/3 seiner Bevölkerung an andere Landes-
theile abgegeben hat und Hunderttausende aus-
wandern. In allen diesen Ercheinungen ist der
Reflex der modernen Wirtschaftspolitik zu er-
blicken, welche die Industrie fördert und die
Landwirthschaft schädigt durch die Vertragspolitik.

Die Noth der Landwirthschaft ist — das erkennt
der Landwirthschaftsminister selbst an — eine
gefährliche Bedrohung. Möge die Regierung baldigst
Maßregeln treffen, um das Verarmen der länd-
lichen Bevölkerung wieder zu gewinnen. (Leb-
haft rechts.)

Minister v. Bronsart: Mir scheint es
doch, daß Vorredner durch so häufige Wieder-
holungen seiner Angaben über Mißhandlungen zc.
seine vollen Säuler mehr schafft. Ich kann auf
eine neue Säule nicht eingehen, da ich sie nicht
in den Akten habe. Aber die vorjährigen Fälle,
die er heute wieder vorgebracht hat, liegen nicht

so, seine Mittheilungen sind objektiv unklar resp.
um großen Theil übertrieben. Der Minister
ergt dies dar an einem Falle angeblichen Selbst-
mords durch Getränke. Der Mann lebe noch
jetzt und sei nach erfolgter Defektion jetzt wieder
bei der Garnison. Ebenso thatsächlich unrichtig
dargestellt seien verschiedene andere Fälle.

In dem bekannten vorjährigen Hamburger Fall
mit dem Offizier habe er selbst im Vorjahre nur
für mildere Umstände plaidirt. Die Forde-
rung Bebels, die Offiziere sollten sich so betragen,
wie sich's gehört, weise er (Redner) mit Ent-
scheidung zurück, denn das sei für die Offiziere
ganz selbstverständlich. Auf die Duellfrage gehe
er nicht ein, bemerke vielmehr nur: Laßalle sei
ja auch im Duell gefallen. Daß Soldaten die
Wohlthaten der Amnestie absichtlich vorenthalten
sei, betreite er durchaus. Die Ordensverleihun-
gen am 18. Januar seien erfolgt an die Betref-
fenden in ihrer Eigenschaft als Offiziere, daher
die Art der Publikation. Die Verfasser der
Brochüre gegen die Armee, frühere Offiziere,
finden, die ihren Beruf verfehlt hätten. Von
einem Taufzwang gegenüber verheirateten Sol-
daten weiß ich nichts, aber wenn die Armee auf
die Taufe hinwirkt, kann man sich nur freuen.

Minister Dr. Miquel: Für die Ent-
scheidung dieser Angelegenheit bin ich nicht zu-
ständig. Richtig ist ja, daß die moderne Ent-
wickelung wesentlich den großen Städten zu
Gute kommt. Von den Ziffern des Grafen
Kanitz waren einige unvollständig, andere nicht
konstant. Wir haben ja allerdings das Gefühl,
als ob das im Gewerbebetriebe angelegte Kapital
nicht so stark zur Steuer herangezogen wird, wie
das in Grund und Boden angelegt; aber das
läßt sich nicht beweisen. Urichtig halte ich die
Behauptung von der Verringerung des Mittel-
standes und von der Konzentration des Ver-
mögens in einzelnen Händen. Wenn wir erst
eine längere Erfahrung hinter uns haben, werden
wir aus unseren Steuerlisten dasselbe Resultat
gewinnen, wie im Königreich Sachsen, daß
nämlich der Mittelstand nicht ab-, sondern zu-
genommen hat und daß die großen Vermögen
sich nicht in einzelnen Händen konzentriren,
sondern mehr vertheilen. (Sehr richtig! links.)

Ueber die Verhältnissverhältnisse geben die
Steuerlisten keine erschöpfende Auskunft, wir
haben Erhebungen angeordnet, bei denen aber
nicht bloß die Verschuldung, sondern auch die
Kredite desselben in Betracht kommt. Die
Steuerverhältnisse des platten Landes sind nicht
mit denen der Städte so ohne Weiteres zu ver-
gleichen. Leute auf dem Lande mit einem Ein-
kommen von 800 Mark leben besser als vielleicht
Leute in der Stadt mit 1100 Mark; außerdem
haben wohlhabende ländliche Besitzer ihren
Aufenthalt in der Stadt, wo sie zur Steuer
herangezogen werden mit dem Einkommen aus
ihrem ländlichen Besitz. Gewiß ist die Steuer-
statistik von hoher sozialpolitischer Bedeutung
und sie wird es je länger je mehr werden. Aber
setzen Sie sich, das veranlagte Einkommen
bleibt noch immer weit zurück hinter dem wirt-
schaftlichen Einkommen. (Weiter.)

Abg. Jücker (fr. Vp.): Die lange Ver-
zögerung der Steuerprozedur ist ein großer
Uebelstand, die meisten dauern fast zwei Jahre.
In den Städten können die Jenisten viel besser
zur Steuer herangezogen und kann die Steuer-
schraube viel wirksamer gehandhabt werden, als
auf dem platten Lande. Man sucht überhaupt
mit dieser Steuerpolitik einen Keil zwischen
Stadt und Land zu treiben. Gewiß, die Aus-
und Gebäudensteuer ist aufgehoben, aber der
Ausfall müssen die Städte decken und beim
Lehrerbeförderungsgesetz verweist man ja auf die
„Erleichterung“ der Städte durch die Steuer-
reform.

Regierungs-Kommissar Geheimer Finanzrath
Wallach: Die Steuerprozedur sind mit Aus-
nahme einzelner komplizirter Fälle gegenwärtig
kurant.

Abg. v. Gnepp (nl.): Die vom Abg.
Krause erwähnten Fälle erfordern strenge Re-
medur; sie werden vermuthlich zurückzuführen
sein auf die Thätigkeit junger Assessoren, die
sich ihrem Chef benehmen wollen. (Sehr
richtig!) Graf Kanitz's Schlußfolgerungen sind
falsch; er urtheilt bloß nach den Verhältnissen
im Osten. Aber im Westen hat das platte Land
auch große Industrien. Mit seinen Schulden ver-
dirbt Graf Kanitz lediglich jeden Hypotheken-
kredit; solche Ueberreibungen schaden der Land-
wirthschaft, ebenso wie der Stampf gegen die Industrie.
Wie kann der Finanzminister aber behaupten,
es bleibe viel Vermögen unperfekt? Dann
wären die Selbstdeklarationen falsch!

Minister Dr. Miquel: Gegen Dinge, die
nur in der Phantasie bestehen, giebt es keine
Vertheidigung.

Abg. Graf Kanitz hält seine ersten Aus-
führungen aufrecht. Die Steuerstatistik ist aller-
dings ein Wohlstandsbarmeter.

Abg. Kircher (Str.): Bei dem Mittel-
stand liegen die Verhältnisse viel ungünstiger, als
dies nach der Steuererschätzung den Anschein
hat. Es wäre erwünscht, für die Einschätzung
nicht so viel zu schablonisieren, sondern den Ge-
meindebehörden eine größere Freiheit zu lassen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) schießt sich
im Wesentlichen den Ausführungen des Abg.
v. Gnepp an.

Die Position „Einkommensteuer 122 000 000
Mark“ wird bewilligt.

Bei der Position „Ergänzungssteuer
31 000 000 Mark“ wünscht der

Abg. v. Gichel (kon.), daß den Jeniten
bei einer Aenderung ihrer Selbsterschätzung Ein-
sicht in die geänderte Veranlagung gestattet
wird, es sei namentlich ein Fall vorgekommen,
der geradezu Aufsehen erregt habe. (Bravo und
Sehr richtig! rechts.)

Regierungs-Kommissar Gehr. Wallach: Den
Vorlesungen ist Entgegenkommen aufzugeben,
gegen die Einsichtnahme bestehen Bedenken; der
Einzelfall ist nicht bekannt.

Abg. v. Nichtshofen-Jauer (kon.): Es
ist jetzt vorgekommen, daß dem Vorstehenden
verbotten ist, die Auskunft zu ertheilen.

Auf eine Anregung des Abg. Schwartz
(Str.) bemerkt Regierungs-Kommissar Wallach,
daß bei der Wiederanstellung entbehrlich ge-
wordener Steuerbeamten in wohlwollendster
Weise vorgegangen werde.

Die Einnahmen werden bewilligt.

Zu den Ausgaben sprechen noch die Abg.
Kirch (Str.) und Dr. Reppentowitsch (Vole),
ferner Sattler (nl.), v. Bodelberg (kon.) und
Bahensky (Str.), letztere drei wünschen die für
einziges Jahr vorgezeichneten Vermögensgebühren
für Mitglieder der Einschätzungsbehörden schon
für dieses Jahr zu gewähren.

Die Ausgaben und damit der ganze Etat
wird genehmigt.

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Tagesordnung: Berg, Hütten-, Salinen-
Etat und Etat für Handel und Gewerbe.

Schluß 3 1/2 Uhr.

werden würde. Wenn in der gestrigen Verhand-
lung des Reichstags im Uebrigen ein Fortschritt
gegen früher konstatirt werden konnte, so sei das
Verdienst dem Centrum zuzuschreiben, das ohne
Vorbereitung der positiven Parteien in Bezug auf
die Zustimmung zu den Erklärungen des Herrn
von Marschall sich angeschlossen habe.

Die 49. Hauptversammlung des Ostia-
Abolf-Vereins wird vom 14. bis 18. September
in Dessau stattfinden.

Der Streik der Arbeiter und Arbeiterin-
nen der Konfektionsbranche nimmt bedeutend an
Ausdehnung zu. Bis heute Mittag hatten sich
über 10 000 Ausständige Streikarten ansfertigen
lassen.

Köln, 14. Februar. Der Konstantinopeler
Korrespondent der „Köln. Ztg.“ bestätigt, daß
die dortige Polizei erneut fieberhaft thätig und
einem jugendlichem Ausschusse auf die Spur
gekommen ist. Eine Anzahl jüngerer Beamten,
welche ihre Ausbildung in Europa genossen
haben, wurde neuerdings blüßlich verhaftet und
nach peinlichem Verhör erst nach mehreren Tagen
wieder entlassen. Gegen den früheren kaiserlichen
Kommissar bei der Schuldenverwaltung, Murad
Bau, ist ein Steckbrief erlassen worden. Vor-
läufig scheinen die Verurtheile der Staatsgewalt,
sich der leitenden Köpfe dieser Bewegung zu be-
mächtigen, erfolglos zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Februar. Der erste Oberhof-
meister Prinz Konstantin zu Hohenlohe-Schillings-
fürst ist heute Nacht 2 Uhr in Folge von Herz-
lähmung gestorben.

Wien, 14. Februar. Kaiser Franz Josef
stattete heute Vormittag die Wittve des Prinzen
Hohenlohe einen Besuchsbesuch ab.

England.

London, 13. Februar. Unterhaus. Der
Parlamentarische Unterfretter des Auswärtigen
Amtes Gargon erklärte, die Regierung sei nicht
in der Lage, eine Information über Mittheilun-
gen zu geben, die angeblich zwischen der deut-
schen und der portugiesischen Regierung betref-
fend die Landung von Truppen in der Delagoa-Bai
statingen hätten. Staatssekretär für die
kolonialen Angelegenheiten hebt hervor, daß, obwohl
man wußte, daß die Agitationen in Johannes-
burg zu Unruhen führen könnten, damals
durchaus kein Grund zu einer Einmischung Eng-
lands vorhanden gewesen sei, zumal Transvaal
jede Berechtigung Englands, sich in die inneren
Angelegenheiten der Republik einzumischen, zu-
rückgewiesen hatte. Auch habe kein Antrag zu
dem Glauben vorgelegen, daß Vorstellungen
seitens Englands von den betreffenden Parteien
günstig aufgenommen werden würden. Nach
seinem besten Glauben hätten Cecil Rhodes, die
Chartered Company, das Reformkomitee in
Johannesburg und Sir S. Robinson keine
Kenntnis von dem beabsichtigten Vorgehen
Jamefons gehabt. Der Staatssekretär erklärt
weiter, er habe keinen Grund, an der Wahrheit
der Erklärung des Präsidenten Krüger zu zweifeln,
daß Krüger von einem beabsichtigten oder
nachrichtlichen Einfall keine Kenntniss gehabt
oder Deutschland vorgeschlagen habe, mit oder
ohne Zustimmung Portugals Truppen in der
Delagoa-Bai zu landen und die Truppen nach
Transvaal zu senden. Er belege sich nicht dar-
über, wenn es aber für Deutschland legitim
war, gegen eventuelle Nachtheile Vorichts-
maßregeln zu ergreifen, so werde es auch an
anderen Mächten zuzugreifen sein, das Gleiche zu
thun. Es empfehle sich daher, ein endgültiges
Urtheil erst dann zu fällen, wenn alle That-
sachen bekannt seien. Die Schuld Jamefons
werde durch den gegen diesen eingeleiteten Prozeß
klargestellt werden, über die Mißhandlung der
Führer in Johannesburg urtheile das Gericht
in Pretoria. Was die Mißhandlung der Chartered
Company betreffe, so werde die Unterfretung
gegen die Company ohne nachdrückliche Motive
dahin vor sich gehen, ob die Company geeignet
sei, die Weiterverwaltung der Gebiete in Süd-
afrika zu behalten. Diese Unterfretung über
diese Frage werde aber besser nicht durch einen
parlamentarischen Ausschuss, sondern durch eine
richterliche Kommission befragt werden. Hierüber
sei jedoch nichts bestimmt entschieden. Obwohl
es der Chartered Company gestattet worden
sei, ihr nützliches Werk in Süd-Afrika fort-
zusetzen, werde ihr jedoch die Kontrolle über
Militär und Polizei entzogen und dieselbe eng-
lischen Beamten übertragen werden. — Chamber-
lain erklärt dann weiter, daß seine letzte De-
pesche an Sir S. Robinson nicht von Cecil
Rhodes beeinflusst worden sei, er habe nichts
mit dem Einschluß Cecil Rhodes, nach Süd-
afrika abzureisen, zu thun gehabt und denselben
auch keinen Rath angeboten. England könne
wohl Anruhen außerhalb Transvaals abwehren,
könne aber Transvaal nicht gegen innere Schwäche
schützen, so lange der größere Theil der dortigen
Bevölkerung wirklich in gedrückter Lage sich
finde. Die englische Regierung habe das Recht,
dem Präsidenten Krüger freundschaftliche Rath-
schläge zu ertheilen, und werde auch fortfahren,
dies zu thun. Die Einladung an den Präsi-
denten Krüger, England zu besuchen, sei erst erfolgt,
nachdem er (Chamberlain) die private Aubeitung
erhalten hatte, daß eine solche Einladung gern
gesehen und auch angenommen werden würde.
Falls diese Einladung angenommen werden sollte,
würde der Präsident Krüger von der englischen
Regierung und dem englischen Volke mit der
ihm gebührenden Achtung empfangen werden.
Persönliche Unterhandlungen würden etwaige
Mißverständnisse beseitigen. Präsident Krüger
habe sich über die Veröffentlichung seiner (Cham-
berlains) jüngsten Depesche beklagt und hinzu-
gefügt, daß die Regierung Transvaals keine
Einmischung in die inneren Angelegenheiten dul-
den werde. Er (Chamberlain) bedauere diese
Mittheilung und glaube, daß sie einen Miß-
verständnis zuzuschreiben sei. Kein Freund Trans-
vaals, so meine er, werde behaupten können,
daß es nicht wünschenswert sei, die Beschwerden
der Mehrheit der Bevölkerung zu beseitigen.
Die englische Regierung werde fortfahren, ihren
Einfluß zu diesem Zwecke aufzuwenden. Er
(Chamberlain) sei überzeugt, es werde früher
oder später Gerechtigkeit geübt werden. (Leb-
hafter Beifall.) Hierauf wird die Debatte
verlagt.

London, 14. Februar. Die „Times“ mel-
den aus Pretoria unter dem 13. d. M.: Das
Telegramm Chamberlains habe, sowie es vor

werden würde. Wenn in der gestrigen Verhand-
lung des Reichstags im Uebrigen ein Fortschritt
gegen früher konstatirt werden konnte, so sei das
Verdienst dem Centrum zuzuschreiben, das ohne
Vorbereitung der positiven Parteien in Bezug auf
die Zustimmung zu den Erklärungen des Herrn
von Marschall sich angeschlossen habe.

Die 49. Hauptversammlung des Ostia-
Abolf-Vereins wird vom 14. bis 18. September
in Dessau stattfinden.

Der Streik der Arbeiter und Arbeiterin-
nen der Konfektionsbranche nimmt bedeutend an
Ausdehnung zu. Bis heute Mittag hatten sich
über 10 000 Ausständige Streikarten ansfertigen
lassen.

Köln, 14. Februar. Der Konstantinopeler
Korrespondent der „Köln. Ztg.“ bestätigt, daß
die dortige Polizei erneut fieberhaft thätig und
einem jugendlichem Ausschusse auf die Spur
gekommen ist. Eine Anzahl jüngerer Beamten,
welche ihre Ausbildung in Europa genossen
haben, wurde neuerdings blüßlich verhaftet und
nach peinlichem Verhör erst nach mehreren Tagen
wieder entlassen. Gegen den früheren kaiserlichen
Kommissar bei der Schuldenverwaltung, Murad
Bau, ist ein Steckbrief erlassen worden. Vor-
läufig scheinen die Verurtheile der Staatsgewalt,
sich der leitenden Köpfe dieser Bewegung zu be-
mächtigen, erfolglos zu sein.

Oesterreich-Ungarn.

Die Billigung keiner Partei gefunden. Die Regierung nehme jeden Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten der Republik einzumischen, als ein Verbrechen an, und die Mithandlung seien zwar dankbar für die Anerkennung ihrer Beschwerden, seien jedoch der Ansicht, daß die vorgeschlagenen Mittel zur Abhilfe ungeeignet und unbrauchbar seien.

London, 14. Februar. Ueber die gestrige Debatte im deutschen Reichstage sagen die "Times": Marischall scheint zu folgern, daß Deutschland das Recht hat, sich nicht nur politischen Veränderungen, die Transvaal wünschenswert sind, zu widersetzen, sondern gegen kommerzielle Vereinbarungen, welche für die deutschen Interessen ungünstig scheinen. Marischall scheint zu vergessen, daß England das Vorkaufsrecht in der Delagoabay hat, denn er führt die Aufrechterhaltung des status quo in der Delagoabay mit auf unter den von Deutschland geltend gemachten Rechten. Wenn Deutschland ohne Souveränität eine militärische Demonstration in einem autonomen Staate versuchen und unter dem Vorwande, daß einige Deutsche dort angegriffen sind, beanspruchen darf, sich den politischen und kommerziellen Vereinbarungen dieses Staates zu widersetzen, wie unendlich stärker sind die Gründe, wenn der Souverän oder vordringende Staat wegen des Unterhandlungsverhältnisses der Maßzahl der Einwohner interveniert, um Letztere vor einer Ungerechtigkeit zu schützen, welche unter dem Vorwande von Vertragsbestimmungen begangen wird. "Daily News" bemerken, die gestrige Debatte im deutschen Reichstage sei von größter Wichtigkeit und Tragweite. Die aufgeworfene Frage sei keine geringere als die: Soll Südafrika englisch sein oder deutsch? Das auswärtige Amt, sagte ein Redner im Reichstage, hat die Rechte Deutschlands ebenso mit Festigkeit wie mit Umsicht aufrecht erhalten. So wollen auch wir uns diese Festigkeit und Umsicht aneignen. Welches aber ist das Wesen der behaupteten Rechte? Die deutsche Politik bedeutet nichts geringeres, als die Einführung eines Veto in den Angelegenheiten der südafrikanischen Union, und zwar nicht nur der politischen, sondern auch der kommerziellen Union. Die Opposition Deutschlands gegen die Union beruht, nach der Erklärung des Staatssekretärs von Marischall, auf dem Bestreben Deutschlands, sich gegen einen Angriff auf materielle Interessen zu schützen, welche Deutschland durch den Bau von Eisenbahnen geschaffen hat. Solch sonderbarer Grund ist noch niemals in der Geschichte der Diplomatie zum Vorschein gekommen. Einer solch übertriebenen Forderung gegenüber ist Olneys Monroe Doktrin eine milde und vernünftige im Vergleich zu der Doktrin Marischalls.

Bulgarien. Die Sobranje hat beschlossen, unter dem Titel eines Nationalgesetzes für den Prinzen Boris den Betrag von 500 000 Francs in der Nationalbank bis zur Großjährigkeit des Prinzen zinslos anzulegen.

Asien. Im etwaigen Mißverständnisse hinsichtlich der geographischen Bezeichnung des Aufstandes auf Borneo, Pontianak und Sintang, vorzubeugen, möge bemerkt werden, daß, wenn in den Drahtungen von einem Aufstand in Pontianak gesprochen wird, unter letzterem nicht die Hauptstadt der niederländischen Residenzhaft der "Westerafdeeling van Borneo", sondern der gesamte große Länderstrich, der eben häufig mit dem kürzeren Namen des Hauptplatzes Pontianak angedeutet wird, verstanden werden muß, was ja auch aus der Beifügung des Namens des Reiches Sintang und des Stammes Melawi hervorgeht, so daß also der Schauplatz des Aufstandes im Innern Borneos und nicht an der Küste zu suchen ist. Derartige Aufstände sind, wie aus Amerika geschrieben wird, in Sintang keine Seltenheit; sie erklären sich aus der Tatsache, daß der größte Teil dieses Reiches unter den Reichsgrößen als Ananagen vertheilt ist, in dem sich diese als unabhängige Herren fühlen und unter Umständen auch geben. Wenn dann ein solcher Reichsgrößer sich als Souverän aufzufassen für gut findet, so tritt er damit keineswegs der niederländischen Regierung, sondern dem von dieser eingesetzten Beherrscher des Reiches Sintang, dem Panembahan, feindselig entgegen und die Aufgabe des Residenten der westlichen Abtheilung von Borneo in Pontianak ist es dann, die Sache wieder in Ordnung zu bringen, was der Panembahan auch der niederländischen Regierung ruhig zu überlassen pflegt.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 15. Februar. Wir erhalten folgende Zuschrift: "In einer der letzten Nummern Ihrer Zeitung wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahndirektion Erhebungen anstellte, nach welchen Stationen sich die Auflegung neuer Sommerkarten empfehlen. Gefallen Sie mir dazu einige Bemerkungen: Nach meiner Ansicht sind für zwei Linien von Stettin aus solche Sommerkarten notwendig. Zunächst solche für die Linie Stettin-Berlin. Bei Berlin liegen die als Baderie benutzten Dörfer Rixdorf, Müllers, Bauerhufen, Schenbühl, die von Hunderten von Badegästen besucht werden und gerade

Stettin und seine Vororte stellen dazu einen großen Theil. Wer bisher sich die Baderie etwas billiger machen wollte, sah sich genöthigt, eine Sommerkarte für Müggelwalde zu lösen und darauf für eine viel weitere Strecke zu bezahlen. Der gemachte Vorschlag entspricht um so mehr der Billigkeit, als sogar für Treptow als dem Vorort des Baderortes Deep Sommerkarten ausgegeben werden. — Sodann fehlen in Stettin die Sommerkarten für Müggel, während sie in Berlin vorhanden sind. Es ist doch auch in unserer Stadt nicht jeder Badegast so feiseht, daß er sich gern dem Dampfschiff anvertraut."

Herr Regierungsrath Dr. D. H. Müller, Mitglied des Reichs-Gesundheitsamtes, der bereits im vergangenen Herbst auf Antrag des hiesigen Magistrats aus Anlaß der beabsichtigten Wasserreinigung Stettins mit Quellwasser aus den auf dem Gelände der städtischen Wasserwerke bei Pommerensdorf hergestellten Bohrlöchern Proben zur Untersuchung der Qualität des Wassers entnommen hat, wird nunmehr im Auftrage des Reichs-Gesundheitsamtes mit Rücksicht auf den gegenwärtigen günstigen Grundwasserstand eine nochmalige Untersuchung des Wassers vornehmen. Vor der Probenentnahme ist ein vierstündiges Abpumpen der Bohrlöcher angeordnet worden. Herr Regierungsrath Dr. H. Müller, der am Donnerstag hier eingetroffen ist, hat sich gestern Morgen, wie die "Sta.-Ztg." mittheilt, mit den ihm zugetheilten Beamten in Begleitung des Herrn Stadtraths Rathow nach den Wasserwerken begeben.

Im Stadttheater geht heute Sonntagabend zu keinen Preisen das immer noch zugräftige Charaktergemälde "Die Grille" von Charlotte Birch-Pfeiffer in Scene. — Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am heutigen Sonntag zum letzten Male Gelegenheit geboten ist, das vorzüglichste gegenwärtige Ensemble der Zentralkasse zu bewundern, der morgige Sonntag bringt bereits ein gänzlich neues Programm.

Vermischte Nachrichten.

(Eine verunglückte Klungebung gegen Deutschland.) Carlsruhe, der Director des Theaters-Vereins, glaubt sich von der Vorbeugung dazu anzuwenden, die Franzosen an den Deutschen für die Festfeier des 25jährigen Bestehens des deutschen Reiches zu rächen. Er ließ daher eine Novelle des Romanchriftstellers Guy de Maupassant für die Bühne einschleichen und am 10. d. M. aufführen. Das Stück heißt wie die Novelle "Mademoiselle Fifi" und behandelt eine für die deutschen Offiziere wenig schmeichelhafte Episode aus dem Kriege von 1870-71. Bekanntlich besaß Maupassant eine geniale Ader, nicht aber sein Gehirn durch erotische Liebeswundlichkeiten auf und stark wahrhaftig. Seine Novellen lassen sich daher inhaltlich nur in abgeklärter Form wiedergeben. Obige Novelle spielt sich nun auf einem Schlosse in der Nähe von Neuen ab. Dort haben sich mehrere Maupassant-Offiziere einquartiert, unter ihnen Wilhelm von Eynd, der einerseits wegen seines weiblichen Auftretens den Spitznamen "Mademoiselle Fifi" trägt, andererseits aber ein Bandale im Schlosse haust, den Nebenbuhlerin Schürbärthe annahm oder ihnen die Augen mit der Pistole ausstieß. Da sich die Offiziere langweilen, lassen sie sich zur Abwechslung aus der benachbarten Stadt angenehme weibliche Gesellschaft kommen. Im Laufe rühmt sich Fifi seiner Siege über die französischen Frauen. Darob ergrimmt Mlle. Rachel, seine Tischgenossin; sie erwidert ihm mit den Worten: "Ueber mich wenigstens wirst du nicht stehen!" Großer Aufbruch; Pfarrer und Küster eilen herbei; der Pfarrer betet vor der Leiche des Verdrückten, während von dem Kirchturme Rachel, die sich dorthin geflüchtet, das Sterbegelächter läutet. Wie man sieht, läßt das Stück auf eine Verherrlichung des französischen Patriotismus auf Kosten der deutschen Offiziere hinaus; letztere werden gelegentlich mit dem Ausdruck "Ces crapules de Prussiens" abgethan. Der Director nun hatte schon vor der Aufführung die Genehmigung, daß sich der Polizeipräsident, angeblich auf Veranlassung des Ministerspräsidenten, einmische und, wie der "Gaulois" berichtet, ihn zu sich entbot, um ihn zu bitten, von den Uniformen abzugehen und das Wort "crapules" durch "brigands" zu ersetzen. Er hatte fernerhin die Genehmigung, daß der Polizeipräsident mit vier Agenten der Vorstellung beiwohnte; aber sein Anspruch blieb aus, obgleich weder die Maupassant-Uniformen noch das Wort "crapules" fehlte; und darin lag des Stückes Mißerfolg. Ob überhaupt der Polizeipräsident das Recht der Einmischung befaß, ist noch eine Frage, da die Ausführung keinen öffentlichen Charakter befaß und der Eintritt nur auf bloße Einladung hin und zwar unentgeltlich gestattet war. So wenigstens wird behauptet. Jedenfalls aber that der Polizeipräsident dem Director nicht den Gefallen, einzutreten und ihn dadurch zum patriotischen Märtyrer zu stampeln. Das Publikum seinerseits nahm das Stück ziemlich kühl an, ebenso die Presse, die heute dafür kaum ein warmes Wort befaßt. Im Allgemeinen jedoch muß man den sogenannten "freien" oder "unabhängigen" Bühnen vieles zu Gute halten. Sie wollen etwas auferordentliches, vom Hergebrachten durchaus abweichendes bringen, und die

folge ist, daß das Publikum, wenn es zahlen soll, zumeist fern bleibt. Die erste Aufführung ist gewöhnlich auch die letzte. Legt man diese Maßstab an die gestrige Vorstellung von "Mademoiselle Fifi", so wird es keinem Deutschen schwer fallen, sich über die darin enthaltenen Beschimpfungen hinwegzusetzen.

Von dem Vermögensstande der reichsten Leute in Preußen giebt die soeben dem Abgeordnetenhaus mitgetheilte Statistik der preussischen Einkommens- und Vermögenssteuer-Vermögenslage für 1895/96 folgendes Bild: Der reichste Privatmann in Preußen ist noch immer Krupp in Essen. Er verfügte im Jahre 1894/95 ein Einkommen von 6 585 000—6 590 000 Mark und zahlt für dieses laufende Jahr 1895/96 mit 285 000 Mark die Kleinigkeit von 22 000 Mark Steuer mehr als im Vorjahre, da er sein Einkommen auf 7 135 000 bis 7 140 000 Mark eingezogen hat; im Jahre 1893/94 hatte er freilich sein Einkommen noch um die Kleinigkeit von 50 000 Mark höher, auf 7 190 000 bis 7 195 000 Mark angegeben. Zum Vergleich sei übrigens daran erinnert, daß der Kaiser als König von Preußen jährlich eine Kronrenten von 15 1/2 Millionen Mark bezieht. Auch Rothschild, dem zweitreichsten Privatmann in Preußen, geht es wie Krupp im Jahre 1895/96 besser als im Vorjahre. Dieser Krupp war noch 1894/95 mit einem Einkommen von nur 5 840 000 bis 5 845 000 Mark zu einem Steuerfuss von 233 600 Mark veranlagt, im Jahre darauf hatte er 5 875 000 Mark zu verzeichnen — Steuerfuss 235 900 Mark — und in diesem Jahre 1895/96 konnte er bei Ueberschlagung seines Einkommens vor die sechs Nullen eine 6 setzen: er berechnet jetzt sein Einkommen zu 6 115 000, also um fast eine Viertel-million höher als im Vorjahre, wofür er ein Mehr an Steuern im Betrage von 9000 Mark zahlen muß. Bisher pflegte die dritte Stelle im Kreise der Reichsten ein Bewohner des Regierungsbezirks Oppeln (v. Ziele-Winter) einzunehmen, dann folgte in etwas weitem Abstande ein Berliner (Leidgröber) — so ging es Jahre lang. Klein "Barneu" förderte diesen traurigen Bund. In diesem Jahre drängt sich da plötzlich ein Bewohner des Regierungsbezirks Kassel an die dritte Stelle und bildet sich am Ende gar ein, nicht nur ein "kleiner" Rothschild zu sein. Dieser Kasselaner behauptet, ein jährliches Einkommen von über 3 085 000 Mark zu haben und will dafür 123 400 Mk. Steuern zahlen. Wo war er denn aber in den Vorjahren? 1894/95 verfügte der reichste Mann in Kassel 2 295 000 Mark (Steuerfuss 91 800 Mark), und noch ein Jahr früher gab es in Kassel nicht einmal einen Mann, der auch nur 2 Millionen Mark Einkommen hatte, der reichste zahlte 770 000 Mark Steuer für ein Einkommen von 1 925 000 Mark. In der That, Kassels Stadtkammer darf schmunzeln. Das Vermögen des reichsten Mannes im Regierungsbezirk Oppeln (v. Ziele-Winter) dagegen ist nach dem Tode des Familienoberhauptes in der Auflösung begriffen: 1893 betrug sein Einkommen noch über 4 120 000 Mark zu einem Steuerfuss von 164 800 Mark, im Jahre darauf ist das Einkommen des reichsten Oppelners in Folge Erbtheilung auf 2 950 000 Mark zurückgegangen und für 1895/96 noch weiter auf 2 680 000 Mark. Daneben tangen in diesem Jahre plötzlich zwei andere Oppelner Privatleute auf, der Eine mit einem Einkommen von 2 675 000 Mark, der Andere allerdings nur mit knapp 2 Millionen (2 170 000 Mark). Der reichste Berliner — natürlich ziehen wir in dieser ganzen Statistik nur die physischen Personen in Betracht, sehen also von den juristischen Personen, Aktiengesellschaften u. s. w. ab — versteuert nach der "St. Z.", fast 3 Millionen, genau über 2 995 000 Mark mit einem Steuerfuss von 119 800 Mark (im Vorjahre 2 410 000 Mark). Er rangirt also nächst dem Kasselaner als vierter in den Reihen der preussischen Reichsten. Im fünfter, sechster und siebenter Stelle folgen dann die drei reichsten Oppelner, an achter ein Landbewohner im Regierungsbezirk Breslau mit 2 080 000 Mark Einkommen, an neunter Trier (Herr von Stumm?) mit 2 065 000 Mark Einkommen, er schließt würdig die Reihe der Leute mit mehr als zwei Millionen jährlichen Einkommen ab. Im Jahre 1894-95 gab es nur sieben Leute mit mehr als zwei Millionen Einkommen und 1893-94 deren vier. Weitere 13 Personen hatten 1894-96 ein Einkommen von ein bis zwei Millionen (gegen 18 im Vorjahre).

Die 27. Kölner Dombau-Lotterie, deren Ziehung bereits vom 27. bis 29. d. Mts. bestimmt stattfindet, hat, wie alle ihre Vorgängerinnen, sich der größten Beliebtheit zu erfreuen, so daß auch dies Mal wieder für vor Ziehung die Loosel vollständig ausverkauft sein dürften. Für diejenigen, welche sich an dieser chancenreichen Lotterie betheiligen wollen, empfiehlt sich daher baldigste Bestellung. Die Firma D. Lewin, Berlin, Neuenburgerstraße 7 verendet die Loose überall hin zum Originalpreis à 3 Mark (Porto und Exp. 30 Pf.).

Die Hausfrauenrunde der "Berliner Ausstellung" für Kochkunst, Bäckerei, Konditorei u. s. w. vom 21.-29. März 1896 in alten Reichstagsgebäude findet von allen anderen gut besuchten Abtheilungen die größte Begeisterung. Die Damen kommen zu allen Tageszeiten, um persönlich ihre Plätze in den Ausstellungsräu-

men zu bestellen, und muß in Folge dessen der Anmeldebtermin bald geschlossen werden.

Bankwesen. Ueber die Leipziger Hypotheken-Bank (General-Präsident für Stettin und die Provinz Pommern Bernhard Karjöh, Wisnarsstraße 23) erhalten wir folgende Mittheilungen: In der außerordentlichen Generalversammlung der Bank wurde die Erhöhung des zur Zeit 1 000 000 Mark betragenden Aktienkapitals auf 30 000 000 Mark beschlossen. Von den neu auszugebenden 29 000 Stück jungen Aktien werden zunächst 4 000 000 Mark emittirt, welche von der Leipziger Bank übernommen worden sind. Je weitere 5 Millionen Mark junger Aktien gelangen durch den Ausschichtsrath im Sinne der Normativbestimmungen der preussischen Hypothekensbank zur Begebung, sobald der Pfandbriefmarkt des Instituts die Höhe von 75 Millionen, 200 Millionen, 300 Millionen, 400 Millionen und 500 Millionen Mark erreicht haben wird.

Im Anschlusse an vorstehende Mittheilung wird es von Interesse sein, einige Notizen über die Entwicklung des Instituts in der jüngsten Zeit zu erhalten. Am 31. Dezember 1894 betrug der Bestand an Hypotheken 6 916 887 Mark, durch welche 6 352 750 Mark Pfandbriefe bedeckt wurden. Am 31. August 1895 war der Bestand an Hypotheken auf 9 737 360 Mark und 70 Pf. gestiegen, während sich der Pfandbriefbestand auf 8 818 200 Mark erhöht hatte.

In der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1895 liefen 546 Beileihungsanträge bei der Bank ein, von denen 213 von vornherein als ungeeignet abgelehnt oder von den Antragstellern zurückgezogen wurden. 333 Anträge auf erstellende Beileihungen von Grundstücken wurden in Behandlung genommen. Von diesen wurden bis zum 31. Dezember 1895 113 von der Direktion genehmigt, dagegen 150 abgelehnt. 23 wurden von den Antragstellern vor der Erledigung zurückgezogen; 47 befanden sich am Jahreschlusse noch in Behandlung. Von den genehmigten 113 Anträgen mit einer Beileihungssumme von 6 123 398 Mark wurden 47 Stück mit 3 486 000 Mark noch im Jahre 1895 zur Auszahlung gebracht. 66 Stück mit 2 637 398 Mark gelangten erst im Jahre 1896 zur Effecturung. Im Januar 1896 wurden weitere 145 Anträge bei der Bank angebracht, hiervon 31 mit 1 113 000 Mark genehmigt, 40 noch nicht erledigt, die übrigen abgewiesen oder zurückgezogen.

Die der Bank für die vom 1. September bis 31. Dezember 1895 erworbenen Hypotheken im Betrage von 3 406 000 Mark verpfändeten Grundstücke sind von den sachverständigen Vertrauensmännern der Bank auf 6 123 398 Mark geschätzt worden, so daß sich eine durchschnittliche Beileihungsgrenze von 56,76 Prozent des Grundstückwerthes ergibt.

Am 31. Dezember 1895 hatte die Bank 11 776 051 Mark Pfandbriefe ausgegeben, denen 12 734 701,65 Mark in erstellenden Hypotheken verpfändet waren, sodah eine Mehrdeckung von 958 650 Mark für die Pfandbriefinhaber vorhanden war.

Im Herbst 1895 hat die Bank sich entschlossen, mit der Ausgabe 3/2-prozentiger Pfandbriefe zu beginnen, und damit einen so großen Erfolg erzielt, daß 5 Millionen dieser neuen 3/2-prozentigen Papiere in Umlauf gesetzt werden konnten und schlank Abnahme fanden.

Trotz des sehr gedrückten Zinsfußes für gute erste Hypotheken, wodurch die Bank im Sommer 1895 mangels des Vorhandenseins niedrig verzinslicher Pfandbriefe zur Unthätigkeit gezwungen war, und trotz der größeren Kosten, welche die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes im letzten Viertel des Jahres 1895 mit sich gebracht hat, wird der Reingewinn, wie wir hören, wiederum ein sehr günstiger werden.

Bankwesen. Ueber die Leipziger Hypotheken-Bank (General-Präsident für Stettin und die Provinz Pommern Bernhard Karjöh, Wisnarsstraße 23) erhalten wir folgende Mittheilungen:

In der außerordentlichen Generalversammlung der Bank wurde die Erhöhung des zur Zeit 1 000 000 Mark betragenden Aktienkapitals auf 30 000 000 Mark beschlossen. Von den neu auszugebenden 29 000 Stück jungen Aktien werden zunächst 4 000 000 Mark emittirt, welche von der Leipziger Bank übernommen worden sind. Je weitere 5 Millionen Mark junger Aktien gelangen durch den Ausschichtsrath im Sinne der Normativbestimmungen der preussischen Hypothekensbank zur Begebung, sobald der Pfandbriefmarkt des Instituts die Höhe von 75 Millionen, 200 Millionen, 300 Millionen, 400 Millionen und 500 Millionen Mark erreicht haben wird.

Im Anschlusse an vorstehende Mittheilung wird es von Interesse sein, einige Notizen über die Entwicklung des Instituts in der jüngsten Zeit zu erhalten. Am 31. Dezember 1894 betrug der Bestand an Hypotheken 6 916 887 Mark, durch welche 6 352 750 Mark Pfandbriefe bedeckt wurden. Am 31. August 1895 war der Bestand an Hypotheken auf 9 737 360 Mark und 70 Pf. gestiegen, während sich der Pfandbriefbestand auf 8 818 200 Mark erhöht hatte.

In der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1895 liefen 546 Beileihungsanträge bei der Bank ein, von denen 213 von vornherein als ungeeignet abgelehnt oder von den Antragstellern zurückgezogen wurden. 333 Anträge auf erstellende Beileihungen von Grundstücken wurden in Behandlung genommen. Von diesen wurden bis zum 31. Dezember 1895 113 von der Direktion genehmigt, dagegen 150 abgelehnt. 23 wurden von den Antragstellern vor der Erledigung zurückgezogen; 47 befanden sich am Jahreschlusse noch in Behandlung. Von den genehmigten 113 Anträgen mit einer Beileihungssumme von 6 123 398 Mark wurden 47 Stück mit 3 486 000 Mark noch im Jahre 1895 zur Auszahlung gebracht. 66 Stück mit 2 637 398 Mark gelangten erst im Jahre 1896 zur Effecturung. Im Januar 1896 wurden weitere 145 Anträge bei der Bank angebracht, hiervon 31 mit 1 113 000 Mark genehmigt, 40 noch nicht erledigt, die übrigen abgewiesen oder zurückgezogen.

Die der Bank für die vom 1. September bis 31. Dezember 1895 erworbenen Hypotheken im Betrage von 3 406 000 Mark verpfändeten Grundstücke sind von den sachverständigen Vertrauensmännern der Bank auf 6 123 398 Mark geschätzt worden, so daß sich eine durchschnittliche Beileihungsgrenze von 56,76 Prozent des Grundstückwerthes ergibt.

Am 31. Dezember 1895 hatte die Bank 11 776 051 Mark Pfandbriefe ausgegeben, denen 12 734 701,65 Mark in erstellenden Hypotheken verpfändet waren, sodah eine Mehrdeckung von 958 650 Mark für die Pfandbriefinhaber vorhanden war.

Im Herbst 1895 hat die Bank sich entschlossen, mit der Ausgabe 3/2-prozentiger Pfandbriefe zu beginnen, und damit einen so großen Erfolg erzielt, daß 5 Millionen dieser neuen 3/2-prozentigen Papiere in Umlauf gesetzt werden konnten und schlank Abnahme fanden.

Trotz des sehr gedrückten Zinsfußes für gute erste Hypotheken, wodurch die Bank im Sommer 1895 mangels des Vorhandenseins niedrig verzinslicher Pfandbriefe zur Unthätigkeit gezwungen war, und trotz der größeren Kosten, welche die Ausdehnung des Geschäftsbetriebes im letzten Viertel des Jahres 1895 mit sich gebracht hat, wird der Reingewinn, wie wir hören, wiederum ein sehr günstiger werden.

Börse-Berichte. Magdeburg, 14. Februar. Zucker. Kornzucker exkl., von 92 Prozent 12,80-13,00, neue — bis —, Kornzucker exkl. 88 Prozent Rendement 12,25 bis 12,50, neue — bis —, Rohzucker exkl. 75 Prozent Rendement 9,20-10,20. Fein. Brod-Maffinade I. 24,50 bis —, Brod-Maffinade II. 24,25 bis —, Gem. Maffinade mit Fein 24,25 bis 24,75, Meis I. mit Fein 23,75 bis 24,00. Sehr feinst. Holzguder I. Produkt Transito f. a. B. Hamburg per Februar 12,20 G., 12,30 B., per März 12,22 1/2 bez., 12,35 B., per April 12,37 1/2 bez., 12,45 B., per Mai 12,45 bez., 12,55 B., per Oktober-Dezember 11,55 bez., 11,60 B. Steigen.

Wochenumsatz im Holzguder-Geschäft 552 000 Zentner. Hamburg, 14. Februar, Born. 11 Uhr. Zuckermarkt. (Bormittagsbericht.) Rübenholzguder I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Ufance frei an Bord Hamburg per Februar 12,12 1/2, per März 12,20, per Mai 12,42 1/2, per August 12,62 1/2, per Oktober 11,57 1/2, per Dezember 11,50. Ruhig.

Hamburg, 14. Februar, Born. 11 Uhr. K a f e e. (Bormittagsbericht.) Good average Santos per März 66,50, per Mai 65,50, per September 62,50, per Oktober —, per Dezember 59,00. Ruhig.

Wetterausichten für Sonntag, den 15. Februar. Mäßiges Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Wasserstand. Am 13. Februar: Elbe bei Auisig — 0,18 Meter. — Elbe bei Dresden — 0,92 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 1,35 Meter. — Ulfstut bei Straußfurt + 1,60 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,96 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel + 5,48 Meter, Unterpegel — 0,80 Meter. — Oder bei Frankfurt + 1,84 Meter. — Weichsel bei Thorn + 2,78 Meter. — Warthe bei Posen + 1,96 Meter. — Am 12. Februar: Neise bei Wsch + 1,25 Meter.

Wetterausichten für Sonntag, den 15. Februar. Mäßiges Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Wasserstand. Am 13. Februar: Elbe bei Auisig — 0,18 Meter. — Elbe bei Dresden — 0,92 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 1,35 Meter. — Ulfstut bei Straußfurt + 1,60 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,96 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel + 5,48 Meter, Unterpegel — 0,80 Meter. — Oder bei Frankfurt + 1,84 Meter. — Weichsel bei Thorn + 2,78 Meter. — Warthe bei Posen + 1,96 Meter. — Am 12. Februar: Neise bei Wsch + 1,25 Meter.

Wetterausichten für Sonntag, den 15. Februar. Mäßiges Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Wasserstand. Am 13. Februar: Elbe bei Auisig — 0,18 Meter. — Elbe bei Dresden — 0,92 Meter. — Elbe bei Magdeburg + 1,35 Meter. — Ulfstut bei Straußfurt + 1,60 Meter. — Oder bei Ratibor + 2,96 Meter. — Oder bei Breslau Oberpegel + 5,48 Meter, Unterpegel — 0,80 Meter. — Oder bei Frankfurt + 1,84 Meter. — Weichsel bei Thorn + 2,78 Meter. — Warthe bei Posen + 1,96 Meter. — Am 12. Februar: Neise bei Wsch + 1,25 Meter.

Wetterausichten für Sonntag, den 15. Februar. Mäßiges Wetter mit mäßigen nordwestlichen Winden und veränderlicher Bewölkung ohne erhebliche Niederschläge.

Stettiner Nachrichten. Stettin, 15. Februar. Wir erhalten folgende Zuschrift: "In einer der letzten Nummern Ihrer Zeitung wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahndirektion Erhebungen anstellte, nach welchen Stationen sich die Auflegung neuer Sommerkarten empfehlen. Gefallen Sie mir dazu einige Bemerkungen: Nach meiner Ansicht sind für zwei Linien von Stettin aus solche Sommerkarten notwendig. Zunächst solche für die Linie Stettin-Berlin. Bei Berlin liegen die als Baderie benutzten Dörfer Rixdorf, Müllers, Bauerhufen, Schenbühl, die von Hunderten von Badegästen besucht werden und gerade

Stettin und seine Vororte stellen dazu einen großen Theil. Wer bisher sich die Baderie etwas billiger machen wollte, sah sich genöthigt, eine Sommerkarte für Müggelwalde zu lösen und darauf für eine viel weitere Strecke zu bezahlen. Der gemachte Vorschlag entspricht um so mehr der Billigkeit, als sogar für Treptow als dem Vorort des Baderortes Deep Sommerkarten ausgegeben werden. — Sodann fehlen in Stettin die Sommerkarten für Müggel, während sie in Berlin vorhanden sind. Es ist doch auch in unserer Stadt nicht jeder Badegast so feiseht, daß er sich gern dem Dampfschiff anvertraut."

Herr Regierungsrath Dr. D. H. Müller, Mitglied des Reichs-Gesundheitsamtes, der bereits im vergangenen Herbst auf Antrag des hiesigen Magistrats aus Anlaß der beabsichtigten Wasserreinigung Stettins mit Quellwasser aus den auf dem Gelände der städtischen Wasserwerke bei Pommerensdorf hergestellten Bohrlöchern Proben zur Untersuchung der Qualität des Wassers entnommen hat, wird nunmehr im Auftrage des Reichs-Gesundheitsamtes mit Rücksicht auf den gegenwärtigen günstigen Grundwasserstand eine nochmalige Untersuchung des Wassers vornehmen. Vor der Probenentnahme ist ein vierstündiges Abpumpen der Bohrlöcher angeordnet worden. Herr Regierungsrath Dr. H. Müller, der am Donnerstag hier eingetroffen ist, hat sich gestern Morgen, wie die "Sta.-Ztg." mittheilt, mit den ihm zugetheilten Beamten in Begleitung des Herrn Stadtraths Rathow nach den Wasserwerken begeben.

Im Stadttheater geht heute Sonntagabend zu keinen Preisen das immer noch zugräftige Charaktergemälde "Die Grille" von Charlotte Birch-Pfeiffer in Scene. — Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß am heutigen Sonntag zum letzten Male Gelegenheit geboten ist, das vorzüglichste gegenwärtige Ensemble der Zentralkasse zu bewundern, der morgige Sonntag bringt bereits ein gänzlich neues Programm.

Vermischte Nachrichten.

(Eine verunglückte Klungebung gegen Deutschland.) Carlsruhe, der Director des Theaters-Vereins, glaubt sich von der Vorbeugung dazu anzuwenden, die Franzosen an den Deutschen für die Festfeier des 25jährigen Bestehens des deutschen Reiches zu rächen. Er ließ daher eine Novelle des Romanchriftstellers Guy de Maupassant für die Bühne einschleichen und am 10. d. M. aufführen. Das Stück heißt wie die Novelle "Mademoiselle Fifi" und behandelt eine für die deutschen Offiziere wenig schmeichelhafte Episode aus dem Kriege von 1870-71. Bekanntlich besaß Maupassant eine geniale Ader, nicht aber sein Gehirn durch erotische Liebeswundlichkeiten auf und stark wahrhaftig. Seine Novellen lassen sich daher inhaltlich nur in abgeklärter Form wiedergeben. Obige Novelle spielt sich nun auf einem Schlosse in der Nähe von Neuen ab. Dort haben sich mehrere Maupassant-Offiziere einquartiert, unter ihnen Wilhelm von Eynd, der einerseits wegen seines weiblichen Auftretens den Spitznamen "Mademoiselle Fifi" trägt, andererseits aber ein Bandale im Schlosse haust, den Nebenbuhlerin Schürbärthe annahm oder ihnen die Augen mit der Pistole ausstieß. Da sich die Offiziere langweilen, lassen sie sich zur Abwechslung aus der benachbarten Stadt angenehme weibliche Gesellschaft kommen. Im Laufe rühmt sich Fifi seiner Siege über die französischen Frauen. Darob ergrimmt Mlle. Rachel, seine Tischgenossin; sie erwidert ihm mit den Worten: "Ueber mich wenigstens wirst du nicht stehen!" Großer Aufbruch; Pfarrer und Küster eilen herbei; der Pfarrer betet vor der Leiche des Verdrückten, während von dem Kirchturme Rachel, die sich dorthin geflüchtet, das Sterbegelächter läutet. Wie man sieht, läßt das Stück auf eine Verherrlichung des französischen Patriotismus auf Kosten der deutschen Offiziere hinaus; letztere werden gelegentlich mit dem Ausdruck "Ces crapules de Prussiens" abgethan. Der Director nun hatte schon vor der Aufführung die Genehmigung, daß sich der Polizeipräsident, angeblich auf Veranlassung des Ministerspräsidenten, einmische und, wie der "Gaulois" berichtet, ihn zu sich entbot, um ihn zu bitten, von den Uniformen abzugehen und das Wort "crapules" durch "brigands" zu ersetzen. Er hatte fernerhin die Genehmigung, daß der Polizeipräsident mit vier Agenten der Vorstellung beiwohnte; aber sein Anspruch blieb aus, obgleich weder die Maupassant-Uniformen noch das Wort "crapules" fehlte; und darin lag des Stückes Mißerfolg. Ob überhaupt der Polizeipräsident das Recht der Einmischung befaß, ist noch eine Frage, da die Ausführung keinen öffentlichen Charakter befaß und der Eintritt nur auf bloße Einladung hin und zwar unentgeltlich gestattet war. So wenigstens wird behauptet. Jedenfalls aber that der Polizeipräsident dem Director nicht den Gefallen, einzutreten und ihn dadurch zum patriotischen Märtyrer zu stampeln. Das Publikum seinerseits nahm das Stück ziemlich kühl an, ebenso die Presse, die heute dafür kaum ein warmes Wort befaßt. Im Allgemeinen jedoch muß man den sogenannten "freien" oder "unabhängigen" Bühnen vieles zu Gute halten. Sie wollen etwas auferordentliches, vom Hergebrachten durchaus abweichendes bringen, und die

folge ist, daß das Publikum, wenn es zahlen soll, zumeist fern bleibt. Die erste Aufführung ist gewöhnlich auch die letzte. Legt man diese Maßstab an die gestrige Vorstellung von "Mademoiselle Fifi", so wird es keinem Deutschen schwer fallen, sich über die darin enthaltenen Beschimpfungen hinwegzusetzen.

Von dem Vermögensstande der reichsten Leute in Preußen giebt die soeben dem Abgeordnetenhaus mitgetheilte Statistik der preussischen Einkommens- und Vermögenssteuer-Vermögenslage für 1895/96 folgendes Bild: Der reichste Privatmann in Preußen ist noch immer Krupp in Essen. Er verfügte im Jahre 1894/95 ein Einkommen von 6 585 000—6 590 000 Mark und zahlt für dieses laufende Jahr 1895/96 mit 285 000 Mark die Kleinigkeit von 22 000 Mark Steuer mehr als im Vorjahre, da er sein Einkommen auf 7 135 000 bis 7 140 000 Mark eingezogen hat; im Jahre 1893/94 hatte er freilich sein Einkommen noch um die Kleinigkeit von 50 000 Mark höher, auf 7 190 000 bis 7 195 000 Mark angegeben. Zum Vergleich sei übrigens daran erinnert, daß der Kaiser als König von Preußen jährlich eine Kronrenten von 15 1/2 Millionen Mark bezieht. Auch Rothschild, dem zweitreichsten Privatmann in Preußen, geht es wie Krupp im Jahre 1895/96 besser als im Vorjahre. Dieser Krupp war noch 1894/95 mit einem Einkommen von nur 5 840 000 bis 5 845 000 Mark zu einem Steuerfuss von 233 600 Mark veranlagt, im Jahre darauf hatte er 5 875 000 Mark zu verzeichnen — Steuerfuss 235 900 Mark — und in diesem Jahre 1895/96 konnte er bei Ueberschlagung seines Einkommens vor die sechs Nullen eine 6 setzen: er berechnet jetzt sein Einkommen zu 6 115 000, also um fast eine Viertel-million höher als im Vorjahre, wofür er ein Mehr an Steuern im Betrage von 9000 Mark zahlen muß. Bisher pflegte die dritte Stelle im Kreise der Reichsten ein Bewohner des Regierungsbezirks Oppeln (v. Ziele-Winter) einzunehmen, dann folgte in etwas weitem Abstande ein Berliner (Leidgröber) — so ging es Jahre lang. Klein "Barneu" förderte diesen traurigen Bund. In diesem Jahre drängt sich da plötzlich ein Bewohner des Regierungsbezirks Kassel an die dritte Stelle und bildet sich am Ende gar ein, nicht nur ein "kleiner" Rothschild zu sein. Dieser Kasselaner behauptet, ein jährliches Einkommen von über 3 085 000 Mark zu haben und will dafür 123 400 Mk. Steuern zahlen. Wo war er denn aber in den Vorjahren? 1894/95 verfügte der reichste Mann in Kassel 2 295 000 Mark (Steuerfuss 91 800 Mark), und noch ein Jahr früher gab es in Kassel nicht einmal einen Mann, der auch nur 2 Millionen Mark Einkommen hatte, der reichste zahlte 770 000 Mark Steuer für ein Einkommen von 1 925 000 Mark. In der That, Kassels Stadtkammer darf schmunzeln. Das Vermögen des reichsten Mannes im Regierungsbezirk Oppeln (v. Ziele-Winter) dagegen ist nach dem Tode des Familienoberhauptes in der Auflösung begriffen: 1893 betrug sein Einkommen noch über 4 120 000 Mark zu einem Steuerfuss von 164 800 Mark, im Jahre darauf ist das Einkommen des reichsten Oppelners in Folge Erbtheilung auf 2 950 000 Mark zurückgegangen und für 1895/96 noch weiter auf 2 680 000 Mark. Daneben tangen in diesem Jahre plötzlich zwei andere Oppelner Privatleute auf, der Eine mit einem Einkommen von 2 675 000 Mark, der Andere allerdings nur mit knapp 2 Millionen (2 170 000 Mark). Der reichste Berliner — natürlich ziehen wir in dieser ganzen Statistik nur die physischen Personen in Betracht, sehen also von den juristischen Personen, Aktiengesellschaften u. s. w. ab — versteuert nach der "St. Z.", fast 3 Millionen, genau über 2 995 000 Mark mit einem Steuerfuss von 119 800 Mark (im Vorjahre 2 410 000 Mark). Er rangirt also nächst dem Kasselaner als vierter in den Reihen der preussischen Reichsten. Im fünfter, sechster und siebenter Stelle folgen dann die drei reichsten Oppelner, an achter ein Landbewohner im Regierungsbezirk Breslau mit 2 080 000 Mark Einkommen, an neunter Trier (Herr von Stumm?) mit 2 065 000 Mark Einkommen, er schließt würdig die Reihe der Leute mit mehr als zwei Millionen jährlichen Einkommen ab. Im Jahre 1894-95 gab es nur sieben Leute mit mehr als zwei Millionen Einkommen und 1893-94 deren vier. Weitere 13 Personen hatten 1894-96 ein Einkommen von ein bis zwei Millionen (gegen 18 im Vorjahre).

Die 27. Kölner Dombau-Lotterie, deren Ziehung bereits vom 27. bis 29. d. Mts. bestimmt stattfindet, hat, wie alle ihre Vorgängerinnen, sich der größten Beliebtheit zu erfreuen, so daß auch dies Mal wieder für vor Ziehung die Loosel vollständig ausverkauft sein dürften. Für diejenigen, welche sich an dieser chancenreichen Lotterie betheiligen wollen, empfiehlt sich daher baldigste Bestellung. Die Firma D. Lewin, Berlin, Neuenburgerstraße 7 verendet die Loose überall hin zum Originalpreis à 3 Mark (Porto und Exp. 30 Pf.).

Die Hausfrauenrunde der "Berliner Ausstellung" für Kochkunst, Bäckerei, Konditorei u. s. w. vom 21.-29. März 1896 in alten Reichstagsgebäude findet von allen anderen gut besuchten Abtheilungen die größte Begeisterung. Die Damen kommen zu allen Tageszeiten, um persönlich ihre Plätze in den Ausstellungsräu-

men zu bestellen, und muß in Folge dessen der Anmeldebtermin bald geschlossen werden.

Bankwesen. Ueber die Leipziger Hypotheken-Bank (General-Präsident für Stettin und die Provinz Pommern Bernhard Karjöh, Wisnarsstraße 23) erhalten wir folgende Mittheilungen:

In der außerordentlichen Generalversammlung der Bank wurde die Erhöhung des zur Zeit 1 000 000 Mark betragenden Aktienkapitals auf 30 000 000 Mark beschlossen. Von den neu auszugebenden 29 000 Stück jungen Aktien werden zunächst 4 000 000 Mark emittirt, welche von der Leipziger Bank übernommen worden sind. Je weitere 5 Millionen Mark junger Aktien gelangen durch den Ausschichtsrath im Sinne der Normativbestimmungen der preussischen Hypothekensbank zur Begebung, sobald der Pfandbriefmarkt des Instituts die Höhe von 75 Millionen, 200 Millionen, 300 Millionen, 400 Millionen und 500 Millionen Mark erreicht haben wird.

Im Anschlusse an vorstehende Mittheilung wird es von Interesse sein, einige Notizen über die Entwicklung des Instituts in der jüngsten Zeit zu erhalten. Am 31. Dezember 1894 betrug der Bestand an Hypotheken 6 916 887 Mark, durch

Der Dritte.

Roman von Sidore Kaufbach.

„Entschuldigen Sie,“ fuhr Braden, ebenfalls in seiner Muttersprache redend, fort, „wenn ich weiter fragen muß wegen dieser armen Miß Menschen- haufen. Hat eine Person Namens Gommernann in diesem Hause besucht?“

Anna war nicht mehr dort; ein Nervenfieber hatte sie ergriffen, und sie war ins Hospital transportirt, dessen Lage man John beschrieb. So war ein Tag in fruchtlosem Suchen verstrichen. Muthlos und ermüdet kam John in seine Wohnung zurück und wälzte unablässig denselben Gedanken in seinem Hirn umher: Martha um jeden Preis zu befreien!

Genunne; — Neugier, Kritik, vorschnelle Beurtheilung — Alles flog von einem Munde zum andern. Da — wie mit einem Schlage wurde es wieder todtstille, und Aller Blicke richteten sich auf die Flügelthüren, die sich öffneten: Die Geschworenen traten ein und begaben sich mit tiefen, wichtigen Mienen wortlos auf ihre Plätze, der Anklagebank gegenüber. Gleich darauf erschienen die Richter, nicht minder ernst und feierlich in ihren langen, schwarzen Talaren, gefolgt vom Gerichtsschreiber, dann der erste Staatsanwalt mit dem Präsidenten und Alle ließen sich mit langamer Würde hinter den grünen Tisch nieder, auf denen die Sonne, welche durch die hohen Bogenfenster hereindrang, einen zitternden Streifen warf. Zum Schluß kamen die Verteidiger, wechselten einen kurzen, stummen Gruß mit den Richtern und setzten sich auf ihre Plätze vor der Anklagebank, welche durch eine Schranke von derselben getrennt war, während der Gerichtsschreiber an einem Pulte seinen Sitz einnahm.

„Aber daß auf,“ schloß er, „jetzt kommen die Angeklagten!“ Eine athemlose Stille erfolgte. Wieder öffneten sich die Flügelthüren, und herein traten, von ihren Wärtern geführt, die beiden Unglücklichen. Gommernann, stark und finstern, doch äußerlich gefaßt, ließ sich neben Martha auf die Anklagebank nieder. Die Blicke aller im Saale Anwesenden, fast ausnahmslos, richteten sich unverwandt auf das junge, schöne Mädchen, das in demüthiger Haltung, ganz in sich zusammengesunken, hinter der Schranke saß, und die Frage, welche schon ein paar Mal laut geworden war, beim Anblick Martha's, löste sich auch jetzt von den Lippen der stummenden Menge: „Das soll eine Verbrecherin sein?“

Komplizen, auf dem schreckensvollen Eise und stiegen ihr übervolles Herz gewaltig zum Schwelgen bringen. Die beiden Verteidiger sprachen jetzt leise ermutigende Worte zu ihren Klienten. Doktor Gommernann nickte dankend; Martha jedoch senkte den Kopf noch tiefer herab und kämpfte gegen die hervorquellenden Thränen. Jetzt erhob sich der Präsident, ein strengblickender Mann, in dessen Gesicht kein Zug von Milde zu erkennen war. Bei dem scharfen Klange seiner Stimme, die dröhnend durch den Saal hallte, erschauerte Martha bis ins Mark.

Familien-Anzeigen aus anderen Zeitungen. Geboren: Ein Sohn: Herrn von Schwerin (Sensburg). Herrn Neimfeld (Anklam). Eine Tochter: Herrn Bollmann (Göslin). Herrn Bollhale (Göslin).

Kirchliche Anzeigen zum Sonntag den 16. Februar (Griechisch). Schloßkirche: Herr Pastor de Pange um 8 1/2 Uhr.

Jakobi-Kirche: Herr Prediger Steinhilber um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Johannis-Kirche: Herr Prediger Dr. Scipio um 2 Uhr. Herr Prediger Licentiat Dr. Villmann um 5 Uhr.

Peter- u. Paulskirche: Herr Pastor Frier um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Lutherische Kirche Neustadt (Bergstr.): Sonn. 9 1/2 und Nachm. 5 1/2 Uhr. Evangel. Gottesdienst.

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Evangel. Gottesdienst: Herr Pastor Thimm um 10 Uhr. (Nach der Predigt Besuche u. Abendmahl.)

Coulanteste Ausführung von Cassa-, Zeit- und Prämien-Geschäften. Kostenfreie Controla verlosbarer Effecten. Kostenfreie Coupons-Einlösung.

Anarienvögel, größtes Postvertriebs-Geschäft nach allen Theilen Europas. Gravatten-Fabrik Blömer & Co., St. Tönis-Crefeld 29.

400 Ctr. Kleebälle, zu Vielemischungen geeignet, der Ctr. 3 M., auch in kleineren Partien abzugeben.

Dithmarscher Schnell-Mastpulver, im Lager Franz Block, für Pferde, Schweine, Rindvieh und Schafe.

Futter: Nübensamen-Offerter, gelbe verbesserte Haseln, olivenförmige Nüsen u. rothe Ederndörfer Nüsen.

Die besten 2000 Dutzend Phönix-Silber-Bestecke, werden zu nachfolgenden Spottpreisen ausverkauft.

Jean Fränkel Bankgeschäft. Gegründet im Jahre 1870. Berlin W., Behrenstrasse 27, I. Etage.

27. Kölner Dombau-Lotterie. Ziehung bestimmt vom 27. - 29. Februar er. Hauptgewinne baar.

Seit mehr als 100 Jahren ist das beliebteste Parfüm der feinen Welt. N° 4711 Eau de Cologne (Blau-Gold Etiquette) von Ferd. Mühlens.

Wassermesser unvollkommener Construction sind und das einzige Mittel, das Zuvielanzeigen der Wassermesser vollständig zu beseitigen, ist nur das Liebenow'sche Nebenschlussventil.

Walter Kirberg in Gräfrath-Central bei Solingen. Fabrik in Stahlwaaren, Waffen und Optik.

Umsonst verleihe meinen reichhaltigen Pracht-Katalog, derselbe enthält die größte Auswahl in allen Arten Meißer, Scheeren, Revolver, Gardendüchsen, Jagdgewehren.

Meine soeben in zwölfter Auflage erschienene vollständig umgearbeitete Brochure: „Capitalsanlage und Speculation“.

Bibeln und Neue Testamente der Preuss. Haupt-Bibel-Gesellschaft.

Expedition. Eine alte bedeutende Expeditionsfirma beabsichtigt in Stettin eine Filiale zu errichten.

Damen- und Kinderkleider werden in und außer dem Hause angefertigt.

Centralhallen. Heute Sonntag, den 15. Februar: Letztes Auftreten des jetzigen sensationellen Künstler-Ensembles.

Stadt-Theater. Sonntag: Volkshühn. Vorstellung zu kleinen Preisen. Die Grille.

Bellevue-Theater. Sonntag 3 1/2 Uhr: 11. Preise. (Parquet 50 M.) Zweite Schiller-Vorstellung.